

# »Auch Fahrgäste wollen da nicht mitfahren«

Straßenbahnfahrer in München wehren sich gegen Bundeswehr-Werbung an ihren Fahrzeugen.

Ein Gespräch mit Michael Niebler

**W**ie reagierte die Münchner Verkehrsgesellschaft auf Ihre

**Erklärung vom vergangenen Freitag, keine Straßenbahn mit Bundeswehr-Werbung fahren zu wollen?**

Wir haben unsere Erklärung nur schriftlich abgeben können. Den Empfang haben wir uns quittieren lassen. Mit einem weiteren Schreiben haben wir



Michael Niebler ist Straßenbahnfahrer in München

Kriegsdienst verweigert – auch aus Gewissensgründen. Auch Fahrgäste beschwerten sich über die martialische

**Bundeswehr-Werbung und sagen, sie wollen da nicht mitfahren.**

**Hat es Folgen wenn Sie nicht mehr für diese Bahn eingesetzt werden?**

Da gibt es organisatorische Probleme. Vor allem im Spätdienst. Da übernehme ich in der Regel mitten in der Stadt die Tram. Weil

ich die Bahn nicht fahre, müsste entweder der Kollege weiterfahren. Das geht nur, wenn er dadurch seine Lenkzeiten nicht überschreitet. Oder ein Reservist müsste kommen. Der Betrieb würde mindestens verzögert. Es gibt die Optionen: Entweder das Fahrzeug rückt nicht aus, oder ich habe einen speziellen Dienstplan, der das Fahrzeug nicht vorsieht. Oder sie machen die Werbung halt weg. Das ist das, was ich eigentlich will.

**Gibt es ähnliche Initiativen in anderen Städten?**

Ich weiß, dass diese Fahrzeuge hin und wieder umdekoriert werden von Leuten, die manche als Vandalen bezeichnen würden. Es gibt auch Städte, in denen so ein Werbeversuch wahrscheinlich gar nicht erst unternommen werden würde. Die Idee ist, dass unser Beispiel Schule macht.

**Sie haben zwei Kollegen, die mitmachen?**

Es gibt meines Wissens noch mindestens einen vierten, der sich auch bereit erklärt hat, dem Arbeitgeber so ein Dokument zu geben.

**Wie viele Straßenbahnfahrer gibt es in München?**

Ungefähr 700. **Es gibt Ausweichkandidaten.** Dieses Verfahren setzt den Arbeitgeber nur mäßig unter Druck. Es gibt natürlich Möglichkeiten, uns zu beschäftigen.

**Also ist die Aktion eher ein Appell an die Kollegen?**

Wir können sagen, wir weigern uns, mit diesem Fahrzeug zu fahren. Viel mehr geht nicht. Und natürlich: Je mehr Kollegen mitmachen, desto besser.

**Da werden nicht alle mitziehen.**

Es gibt Leute, die stimmen uns zu, auch wenn sie noch nicht bereit sind, ihre Stimme zu erheben. Viele denken darüber nach. Es gibt natürlich die Militärfans, die Camouflageoptik super finden. Traditionell arbeiten bei der Straßenbahn viele ehemalige Bundeswehr-Angehörige, die Lkw- und Busführerschein in ihrer Dienstzeit gemacht haben. Die haben ein anderes Selbstverständnis. **Interview: Susanne Knütter**



## Erschütterte Insel.

Kein Ende in Sicht: Unter Wasser bebte die Erde nordöstlich der griechischen Ferieninsel Santorini bereits seit Tagen. Zahlreiche Häuser an steilen Hängen des Inseלקraters drohen abzurutschen. Viele Bewohner flüchteten am Dienstag Richtung Festland (Foto). Weitere hartnackten aus. Schulen blieben aber geschlossen. Allein in den vergangenen drei Tagen habe es dem Athener Institut für Geodynamik zufolge rund 550 mittelschwere Erdstöße mit Stärken zwischen drei und 4,9 auf der Richterskala gegeben. Die Beben könnten wochenlang anhalten. (dpa/iW)

# Wahlkampfthema Wohnen

Deutscher Mieterbund kritisiert mangelnde Vorschläge der Parteien

**E**s ist die soziale Frage schlechthin, vielerorts jedenfalls: Mieten und Wohnen. Nur, im Bundestagswahlkampf komme das Thema selten vor, kritisierte der Deutsche Mieterbund (DMB) am Dienstag bei seiner Pressekonferenz in Berlin. Fatal – weil: »Die Mieten- und Wohnungskrise spitzt sich 2025 weiter zu«, wurde DMB-Präsident Lukas Siebenkotten gleichentags in einer Mitteilung zitiert. Erhöhte Mietpreise würden immer mehr Haushalte an ihre Belastungsgrenze bringen. Bereits jetzt habe die Hälfte der Mieter in Großstädten Angst, »die Miete künftig nicht mehr zahlen zu können«. Ein Problem: Die Mietpreibremse läuft Ende des Jahres aus. Ersatzlos. Ferner sei der Bestand an Sozialwohnungen bereits auf einem historischen Tiefstand, so Siebenkotten. Und mittlerweile sei jeder dritte der 21 Millionen

Mieterhaushalte in der BRD durch seine Wohnkosten überlastet.

Was meinen Parteien zur Miet- und Wohnungsfrage? Zunächst: Um die Krise zu lösen, brauche es umfassende mietrechtliche Reformen und eine echte Offensive für den Bau und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums, ergänzte DMB-Bundesdirektorin Melanie Weber-Moritz. Vorschläge diesbezüglich fänden sich in den Programmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und BSU. »Während sich die CDU/CSU immerhin zum bestehenden mietrechtlichen Rahmen bekennen, wollen AfD und FDP den Mieterschutz weiter abschwächen«, bemerkte Weber-Moritz.

Ein Lösungsansatz: Nach der Wahl müsse laut DMB die Mietpreibremse verlängert werden; schnellstmöglich, bundeseinheitlich. Passiert das nicht, drohten deutliche Mietpreissprünge

seitens der Vermieter in den betroffenen 13 Bundesländern und 415 Städten. »In denen ein Drittel der Bevölkerung hierzulande lebt«, weiß der DMB. Nicht zuletzt stehe eine Reform des Mietwucherparagrafen an, ein mehrjähriger Mietenstopp im Bestand sowieso.

Reicht das? Nein. Denn der DMB stelle das Fördersystem des sozialen Wohnungsbaus mit seinen nur befristeten Mietpreisbindungen nicht grundsätzlich infrage, sagte der Pressesprecher der Berliner Mietergemeinschaft (BMG), Rainer Balcerowiak, am Dienstag iW. Auch wolle der DMB Eigenbedarfskündigungen in umgewandelten Mietwohnungen nur begrenzen, nicht generell unterbinden. »Das lehnen wir ab«, so Balcerowiak. Einig sind sich DMB und BMG jedoch darin: Mieten und Wohnen ist die große soziale Frage dieser Tage. **Oliver Rast**

## NACHRICHTEN

### Waffenruhe im Osten der DR Kongo

**Kinshasa.** Nach tagelangen Kämpfen im Osten der Demokratischen Republik (DR) Kongo, bei denen Hunderte Menschen starben, hat die Miliz »M 23« am Montagabend eine einseitige Waffenruhe angekündigt, die am Dienstag in Kraft trat. Zudem gab die Miliz an, sie wolle nicht »die Kontrolle über Bukavu oder andere Ortschaften« übernehmen. Vorgangene Woche war ein seit Jahren schwelender Konflikt mit der »M 23« eskaliert. Kämpfer der von Ruanda unterstützten Gruppe und ruandische Soldaten hatten die Stadt Goma in Nordkivu besetzt. Die »M 23« hatte zudem erklärt, bis zur Hauptstadt Kinshasa vorzurücken zu wollen. (AFP/iW)

### Verhandlungen zu Gaza gehen weiter

**Gaza.** Die palästinensische Organisation Hamas ist eigenen Angaben zufolge in die Gespräche zur Aushandlung der zweiten Phase der Waffenruhe im

Krieg mit Israel eingestiegen. »Die Kontakte und Verhandlungen für die zweite Phase haben begonnen«, erklärte Hamas-Sprecher Adel Latif Al-Kanani am Dienstag. »Wir konzentrieren uns derzeit auf Notunterkünfte, Hilfe und Wiederaufbau für unsere Bevölkerung in Gaza«, fügte er hinzu. Israel hatte kurz zuvor erklärt, »Ende der Woche« eine Delegation ins Vermittlerland Katar zu schicken, um »technische Details zur weiteren Umsetzung« des Waffenruheabkommens zu klären. (AFP/iW)

■ Siehe Seite 6

### CDU-Generalsekretär will Kinder bestrafen

**Berlin.** CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann spricht sich für eine Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze von 14 auf 12 Jahre aus. »Wenn jede Woche oder jeden Monat was passiert im Bereich der 13jährigen, dann müssen wir doch reagieren«, sagte er im Sender Welt TV. Er sei »klar für zwölf Jahre«. In der vergangenen Woche hatte ein

13jähriger einen 12jährigen in Stuttgart nach einem Streit gegen eine einfahrende Stadtbahn gestossen. Das Kind kam dabei ums Leben. Wegen seines Alters kann der 13jährige strafrechtlich nicht verfolgt werden. (dpa/iW)

### Mehr Angriffe auf Amtsträger registriert

**Berlin.** Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger wie Bürgermeister, Landräte, Stadtverordnete oder Abgeordnete haben 2024 erneut zugenommen. Das geht aus einer vorläufigen Auswertung des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Martina Renner (Die Linke) hervor, die dpa am Dienstag vorlag. Demnach verzeichnete das Bundeskriminalamt bis zum Stichtag am 31.12.2024 insgesamt 4.923 solcher Taten. Im Jahr 2023 waren es bis zum selben Stichtag 4.047 Straftaten. Im Ländervergleich wurden die meisten der Straftaten in Bayern (747) und Baden-Württemberg (633) registriert. (dpa/iW)